

Bürgerinitiative

FREIE HEIDE

Kyritz – Wittstock - Ruppin e.V.

www.FREIEHEIDE.de

Aktionsgemeinschaft

FREIER HIMMEL e.V.

Müritz-Strelitzer Region

www.freier-himmel.de

Bundesministerium der Verteidigung
Herrn Minister Dr. Peter Struck
Stauffenbergstr. 18
10785 Berlin

Zühlen/Mirow, 20.02.2003

vorab per Fax (0 18 88) 24 83 33

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Struck,

„Wir fordern den Verteidigungsminister auf, die in seinem Konzept vorgesehene Weiternutzung ... des Übungsplatzes Wittstock-Neupoppin aufzugeben.

Wenn die Bundeswehr diesen Platz [Kyritz-Ruppiner Heide] tatsächlich weiternutzen wird, so wird sie damit ... gegen den von ihr selbst aufgestellten Grundsatz verstoßen, prinzipiell keine sowjetischen Übungsflächen zur Weiternutzung übernehmen zu wollen, und damit wird sie in den neuen Ländern den letzten Rest Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verlieren. Darüber hinaus sollte der Bundesverteidigungsminister sich überlegen, ob er tatsächlich einen Übungsplatz weiternutzen will, der erst in den 50-er Jahren und nur durch Enteignung, also unrechtmäßig entstanden ist.“

Diese Sätze könnten ohne weiteres einem Protestschreiben der Bürgerinitiativen FREIE HEIDE oder FREIER HIMMEL entnommen sein. Sie sind es nicht. Sie entstammen einer Presse-Mitteilung der SPD – Bundestagsfraktion vom 30. 10. 1992 als deren Herausgeber Ihr Name mitgeteilt wird!

Inzwischen sind Sie Verteidigungsminister. Die Forderungen von damals aber sind die Forderungen von heute.

Spätestens seit August 2002 haben Sie nun alle Möglichkeiten, diese 1992 von Ihnen mitgetragenen Forderungen endlich umzusetzen. Was hindert Sie daran? Benutzte die damalige SPD-Bundestagsfraktion etwa ein existentielles Problem der Region Nordbrandenburg/Südmecklenburg, um sich parteipolitisch zu profilieren?

Inzwischen wurde uns mitgeteilt, dass Sie beabsichtigen, in nächster Zeit Ihre Unterschrift unter den die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide befürwortenden Anhörungsbescheid zu setzen. Und dies, obwohl in der Stellungnahme des Landes Brandenburg massiert negative Voten verzeichnet sind. Zahlreiche Ressorts sahen sich mit

dem Hinweis auf Darstellungslücken in den Planungsunterlagen Ihres Hauses außerstande, ein Votum abzugeben. Lediglich das CDU-geführte (!) Wirtschaftsministerium Brandenburgs befürwortet die Umsetzung der militärischen Pläne, allerdings ohne Rückendeckung der Wirtschaft des Landes: Allein aus der betroffenen Region haben nach Bekanntwerden dieses Votums 500 Betriebe mit ihrer Unterschrift gegen den Platz protestiert.

Ihr gegenwärtiges Handeln reduziert sich damit auf die Erfüllung formal-juristischer Erfordernisse. Das ist unzweifelhaft legal, ignoriert aber die länderübergreifenden Sachfragen. Sie setzen sich damit dem Vorwurf aus, machtpolitisch zu agieren.

Ohne Rücksicht auf den massiven und begründeten Protest aus Mecklenburg -seiner Bürger, des Parlaments wie dem der Landesregierung- beabsichtigen Sie, unmittelbar nach Abschluss des Anhörungsverfahrens, den Luft-/Boden-Schießplatz Kyritz-Ruppiner Heide in Betrieb nehmen zu wollen. Damit zwingen Sie Städten, Ämtern und Gemeinden der südlichen Müritz-Region einen Prozess gegen die Bundesrepublik Deutschland auf. Ebenso wird es weitere Klagen aus Brandenburg von Kommunen und Umweltverbänden geben. Für die finanziell ohnehin arg strapazierten Kommunen bedeutet dies, dringend benötigtes Geld ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung vorenthalten zu müssen. Die immer wieder bemühte und im Koalitionsvertrag fest verankerte Rede vom „Aufbau Ost“ gerinnt zu blutleerer Rhetorik.

Wir fordern Sie hiermit auf, nehmen Sie Abstand von der Unterzeichnung eines Anhörungsbescheides, der einseitig militärischen Interessen geschuldet ist. Erkennen Sie auch endlich die Betroffenheit Mecklenburgs an.

Wir fordern Sie hiermit auf, sorgen Sie dafür, dass die im Koalitionsvertrag festgehaltene Überprüfung in umfassender Weise geschieht, die neben den militärischen auch die zivilen Belange Brandenburgs und Mecklenburgs in vollem Umfang berücksichtigt.

Wir laden Sie ein. Kommen Sie in unsere Region. Besuchen Sie die brandenburgischen und mecklenburgischen Städte und Gemeinden, stellen Sie sich dem Protest der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunal- und Landespolitiker. Verhindern Sie nicht zuletzt damit, dass die Bundesregierung „in den neuen Ländern den letzten Rest Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung“ verliert.

Wir erwarten Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen



(B. Schirge, FREIE HEIDE)



(Barbara Lange, FREIER HIMMEL)

Benedikt Schirge
Dorfstraße 27
16831 ZÜHLEN
Te.: (033931) 2338

Barbara Lange
Schildkamp 1B
17252 MIROW
Tel. (039833) 269822